

## 150 Jahre Schleswig-Holstein in Preußen

**Veranstalter:** Oliver Auge, Abteilung für Regionalgeschichte, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

**Datum, Ort:** 01.12.2017, Friedrichsruh

**Bericht von:** Tomke Jordan / Manuel Ovenhausen, Abteilung für Regionalgeschichte, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

„Die up ewig ungedeelten müssen einmal Preußen werden“, verkündete Otto von Bismarck im Jahr 1863 und deutete damit die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen vier Jahre später voraus. Mit ebendiesem Zitat eröffnete ULRICH LAPPENKÜPER (Friedrichsruh) die Tagung zum 150-jährigen Jubiläum dieser Annexion. Er verwies darauf, wie sehr die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zu Dänemark in der Mitte des 19. Jahrhunderts infrage gestellt worden sei. Dänen, Schleswiger und Holsteiner glaubten alle, einer guten Sache zu dienen, doch kollidierten ihre Interessen zwischen der Einheit des dänischen Gesamtstaates und der Souveränität Schlesiws und Holsteins; der Gewinner dieser Uneinigkeit war Preußen, das die beiden Herzogtümer 1867 annektierte und zu einer preußischen Provinz machte. Die Sicht sowohl Schleswig-Holsteins als auch Preußens auf diese Ereignisse umfassend darzustellen, sei nach Lappenküper Ziel der Tagung. In einem weiteren Grußwort verwies DETLEV WERNER VON BÜLOW (Mölln) auf die gute wissenschaftliche Kooperation der Otto-von-Bismarck-Stiftung, der Stiftung Herzogtum Lauenburg und der Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein der Universität Kiel.

In einer thematischen Einführung fasste OLIVER AUGÉ (Kiel) die Ereignisse rund um die Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen zusammen und machte deren Grundlinien deutlich. Einen Schwerpunkt für die Tagung setzte er auf die Frage nach Gemeinsamkeiten zwischen Preußen und Schleswig-Holsteinern, ebenso nach den Defiziten dieser Beziehung. Er verwies in diesem Kontext darauf, dass das 150-jährige Jubiläum in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spiele, eine Ausstellung im Landesarchiv in Schleswig einmal ausgenommen,

was darauf hindeute, wie schwierig sich das Verhältnis der Schleswig-Holsteiner zu ihrer preußischen Vergangenheit bis heute gestalte. Die sich um ebenfalls 150 Jahre jährende Einteilung Schleswig-Holsteins in Kreise durch eine umfassende Verwaltungsreform im Zuge der preußischen Annexion sei jedoch ein guter Beleg dafür, wie diplomatisch preußische strukturelle Errungenschaften in Schleswig-Holstein eingebracht wurden.<sup>1</sup> Im Laufe der Tagung, so Augé, solle nun einmal eine kritische Bestandsaufnahme gewagt werden, der er folgende Leitfragen zugrunde legte: Was brachte Schleswig-Holstein Preußen? Und was brachte Preußen Schleswig-Holstein? Zur Bilanzierung der Konsequenzen der Inkorporation, vor allem unter der Fragestellung, ob Schleswig-Holstein und Preußen ab einem bestimmten Zeitpunkt überhaupt noch ohne einander denkbar gewesen seien, leistete die Tagung einen wesentlichen Beitrag.

Zu Beginn thematisierte TOBIAS KÖHLER (Hamburg) die schwierige Beziehung zwischen Bismarck und den Schleswig-Holsteinern und Lauenburgern. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob die Schleswig-Holsteiner im Zuge der Eingliederung preußisch geworden seien, oder ob nicht vielmehr Bismarck zu einem Schleswig-Holsteiner wurde. Köhler schilderte die anfänglichen Antipathien zwischen den Schleswig-Holsteinern und Bismarck: Während Letzterer zunächst den dänischen Gesamtstaat beibehalten wollte und dabei den Willen der Schleswig-Holsteiner unberücksichtigt ließ, entwickelte sich in Altona eine stark anti-preußische Presse. Die Sicht der Schleswig-Holsteiner auf ihn besserte sich aber schon bald nach der Eingliederung, und Bismarck verlegte schließlich 1890 nach seiner Entlassung durch Kaiser Wilhelm II. seinen Wohnsitz nach Friedrichsruh in den schon 1871 erhaltenen Sachsenwald. Dorthin verschlug es in der Folgezeit viele Korporationen, Verbände und andere Gruppierungen, welche Huldigungsreisen zu Bismarck unternahmen, den sie als „Befreier

---

<sup>1</sup> Oliver Augé, 150 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein: Versuch einer historischen Bilanz, in: Oliver Augé (Hrsg.), Vom preußischen Erlass zum kommunalpolitischen Zukunftsprojekt. 150 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein. Festgabe zum Jubiläum am 22. September 2017, Kiel 2017, S. 14-64, bes. S. 19.

---

des Landes“ feierten. Er selbst sah sich als von Schleswig-Holstein „adoptiert“. Auch nach seinem Tod im Jahr 1898 endete die Verbindung Bismarcks und Schleswig-Holsteins nicht: Dem Ehrenbürger vieler Orte wurden zahlreiche Denkmäler errichtet. Die Integration Bismarcks in Schleswig-Holstein sei gelungen – die anfangs gestellte Frage müsse allerdings offenbleiben.

Der expliziten Frage danach, was Schleswig-Holstein Preußen brachte, widmete sich FRANK MÖLLER (Greifswald). Er untersuchte den Begriff der „preußischen Mission“, welcher davon ausgeht, dass die deutsche Geschichte Preußen dazu bestimmt habe, die Führung Deutschlands zu übernehmen. Die Wendung sei mythologisch und teleologisch überhöht worden, obgleich der Beitrag Preußens zur nationalen Vereinigung im 19. Jahrhundert nicht unerheblich gewesen sei. In der Frage nach dem Wert, den Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang für Preußen hatte, ließe sich feststellen, dass Schleswig-Holstein für Preußen mit einem Anteil von etwa 4 Prozent an der Gesamtbevölkerung zwar nicht unbedeutend, aber ganz sicher auch nicht entscheidend gewesen sei. Auf preußischer Seite habe man den Zuwachs als eine Wiedergutmachung für das in der schleswig-holsteinischen Erhebung vergossene preußische Blut verstanden. Die zentrale Bedeutung Schleswig-Holsteins für Preußen habe letztlich jedoch in der geostrategischen Lage des Landes gelegen, die es Preußen ermöglichen sollte, mit dem Kaiser-Wilhelm-Kanal (heute Nord-Ostsee-Kanal) nun nicht mehr nur in der Ostsee, sondern auch in der Nordsee eine neue maritime Dominanz aufzubauen. Der Wert des Landes für Preußen lag demnach primär im militärischen Bereich.

KATHARINA PRIEWE (Kiel) spannte den Bogen weiter, indem sie die Frage nach dem „Preußischen“ in Schleswig-Holstein auch auf kunstgeschichtlicher Ebene nachging und die Architektur der neuen Provinz in den Blick nahm. Dabei zeigte sie Brüche und Kontinuitäten der Bauweise im 19. Jahrhundert auf und verwies auf die Zäsur zwischen dem dänischen Klassizismus und dem Historismus, der nicht deckungsgleich mit einer preußischen Architektur sei, sondern viel-

mehr von verschiedenen Schulen der Baukunst wie Hannover und Kassel geprägt worden war. Exemplarisch stellte Priewe drei bedeutende Architekten für Kiel und Neumünster vor: den Landbaumeister Hermann Georg Krüger, der Zoll- und Verwaltungsbauten sowie die Heilanstalten der Christian-Albrechts-Universität, die Militärakademie in Kiel (heute das Landeshaus) und das Regierungsgebäude der Provinzialverwaltung in Schleswig entwarf, den Stadtbaumeister Gustav Ludolf Martens, der mit seinem Stadterweiterungsplan von 1869 die Anlage von Plätzen, Grünflächen, dem Kleinen Kiel und eine Verbindung der Stadtteile vorsah, sowie den Stadtbaumeister Magnus Schlichting. Obwohl diese Bauten im Stil des Historismus in Schleswig-Holstein nicht erst nach der Annexion entstanden, habe man sie in der Öffentlichkeit zunehmend als preußisch wahrgenommen und abwertend als „berlinerisch“ bezeichnet. Dennoch könne nicht von einer „preußischen Architektur“ gesprochen werden.

Einen Blick auf die Nutzung dieser neuen Bauten warf FRANK LUBOWITZ (Aabenraa), der sich den Reformen und Modernisierungen, vor allem in der Verwaltung, zuwandte. Er konstatierte, dass Schleswig-Holstein mit der preußischen Annexion in die Moderne eintrat. So wurden beispielsweise schon bald die preußischen Verwaltungsformen von Regierungsbezirken und Kreisen eingeführt. Die 1869 erlassene Städteordnung Schleswig-Holsteins sei die modernste ihrer Zeit gewesen und die im Land erstmalige Trennung von Verwaltung und Jurisdiktion sowie die Einführung der Gewerbefreiheit und der preußischen Wehrpflicht brachen die veralteten Strukturen aus dänischer Zeit auf. Mit einer Währungsreform (hin zur deutschen Mark) und der Einführung des preußischen Steuersystems wurden auch die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsweise geschaffen; Bevölkerungswachstum und Industrialisierung folgten bald, was zusammen mit neuen Marinestützpunkten gerade das Erscheinungsbild der Städte in Schleswig-Holstein sehr veränderte. Auch die Verkehrsnetze wurden durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal und viele neue Bahnlinien erweitert, was wiederum dem Fremdenverkehr zugu-

tekam, der dem Land weiteren Aufschwung brachte. Abschließend bemerkte Lubowitz, dass diese Verdichtungen aber auch zu einer wachsenden Politisierung und Spaltung der Gesellschaft geführt hätten.

Anschließend behandelte MOGENS ROSTGAARD NISSEN (Flensburg) in seinem Vortrag die Minderheitenfrage im kaiserzeitlichen Schleswig-Holstein. Dabei nahm er die dänische Bewegung und ihre politischen Zielsetzungen in den Blick, deren dringlichstes Anliegen die Eingliederung Nordschleswigs in den dänischen Staat darstellte. In den 1880er-Jahren wurden verschiedene dänische Verbände in Schleswig gegründet, um dieses Ziel zu erreichen und die dänische Minderheit zu repräsentieren: Es entstanden die Gesellschaft zur Bewahrung der dänischen Sprache, der Nordschleswigsche Wählerverband sowie 1892 der Nordschleswigsche Schulverein, welcher dänischen Schülern in Schleswig einen Schulbesuch in Dänemark ermöglichen wollte. Denn seit 1888 war die Schulsprache in Schleswig ausschließlich Deutsch. Diese Gruppierungen bestimmten das dänische Leben in Schleswig und hätten sich als „small denmarks“ etabliert, obwohl sie sich als Oppositions-Vereine zunehmend im Privaten treffen und organisieren mussten – besonders während der Jahre 1897 bis 1901, in denen die Repressionen gegen die dänische Bevölkerung unter Oberpräsident Ernst Mathias von Köller ihren Höhepunkt fanden. Das Ziel der Eingliederung in den dänischen Staat blieb für die dänische Bewegung bestimmend, auch wenn mit Hans Peter Hanssen schließlich eine Verhandlungspolitik betrieben worden sei, die sich eher auf kleinere Ziele konzentrierte, welche besser umgesetzt werden konnten.

Den Fokus auf die Stadt Kiel legend, konstatierte JOHANNES ROSENPLÄNTER (Kiel) darauf folgend, dass sich keine Stadt in Schleswig-Holstein durch die Inkorporation in Preußen und die Einigung des deutschen Reiches so sehr verändert habe wie Kiel. Die Stadt besaß mit dem Reichsmarineamt und dem Reichskanalamt eine ungewöhnlich hohe Konzentration von Reichsbehörden, was sich sowohl baulich durch zahlreiche neue Gebäude als auch gesellschaftlich durch einen regen Zuzug von Menschen, allen vor-

an Arbeiter und Soldaten mit ihren Familien, bemerkbar machte. Auch die Repräsentation des Reiches fand hier eine einzigartige Inszenierung; mit Heinrich von Preußen residierte in der Stadt dauerhaft ein enges Mitglied der kaiserlichen Familie, was das Kieler Schloss zu einer Bühne des Kaiserreichs machte, während die Förde mit Hafenanlagen und Denkmälern zum Schauplatz für die Demonstration neuer deutscher Größe umgestaltet wurde, auf welcher der Kaiser selbst die Reichsmarine der Weltöffentlichkeit präsentierte. Der neue Kaiser-Wilhelm-Kanal tat sein Übriges und brachte Kiel neben dem Ostsee- nun auch einen Nordseezugang. Rosenplänter legte dar, dass es wohl keine „deutschere“ Stadt im Reich gegeben habe als Kiel und schlug daher vor, in diesem Fall von einem „neuen Typ von Reichsstadt“ zu sprechen.

LISA KRAGH (Kiel) knüpfte an den vorigen Beitrag an, indem sie die Entwicklung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hin zu einer preußischen Universität erklärte. Dabei stand die Frage im Vordergrund, inwiefern Universitäten als politikfreie und autonome Räume Beteiligte oder Betroffene der Politik sein können. Nach Artikel 20 der preußischen Verfassung sollte eine akademische Freiheit nach dem Humboldtschen Bildungsideal gewährleistet sein, was jedoch der Realität einer finanziellen Abhängigkeit der Universitäten vom Staat widersprach. Nachdem zunächst die dänische Herrschaft Repressionen gegen die Kieler Universität mit sich gebracht hatte, erfuhren die Professoren auch unter preußischer Führung eine Beschneidung ihrer universitären Rechte durch die Einführung der Einkommens- und Klassensteuer für Universitätsangehörige sowie die Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. Die Studierendenzahlen gingen zunächst stark zurück, sodass der preußische Finanzminister eine Auflösung der Hochschule forderte. Stattdessen wurde eine Berufungspolitik betrieben, die Kiel den Preußen als Universitätsstadt näher bringen sollte. Ausschlaggebend für den letztlich Aufschwung der Universität unter preußischer Herrschaft seien die Eingliederung in das deutsche Universitätssystem und die zahlreichen Investitionen gewesen, sodass neue Lehrstühle und Gebäude entstanden und sowohl die Zahl der

---

Studierenden als auch die der Professoren wieder anstieg.

Einen weiteren Beitrag erbrachte JULIAN FRECHE (Kiel), der die Wahrnehmung Preußens durch die Schleswig-Holsteiner und deren sich herausbildende Identität in dieser Verbindung untersuchte. Da Schleswig-Holstein gerade erst von Dänemark unabhängig geworden war, setzte sich bald die Orientierung gen Preußen durch. Preußische Fahnen und Lieder seien in der Öffentlichkeit immer üblicher geworden, während schleswig-holsteinische Flaggen jedoch nicht verschwanden, sondern als Teil einer deutschen Identität uminterpretiert worden seien; man besang nicht mehr schleswig-holsteinische Unabhängigkeit, sondern die Einheit in Preußen bzw. Deutschland. Sowohl die hohe Präsenz der kaiserlichen Familie in Schleswig-Holstein als auch die Herkunft der Kaiserin aus der Provinz beförderten diese Assimilierung. Auch in der Freien und Hansestadt Lübeck habe man sich mehr und mehr aus Notwendigkeit heraus mit einer Angliederung an Schleswig-Holstein und damit an Preußen und Deutschland angefreundet, die jedoch erst recht spät mit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 Realität wurde. So habe eine als Notwendigkeit angesehene Entwicklung letzten Endes zur Herausbildung einer deutschen nationalistischen Identität auf Basis eines schleswig-holsteinischen Selbstbewusstseins geführt.

Abschließend fasste MARTIN GÖLLNITZ (Mainz) die Ergebnisse der Tagung zusammen und stellte fest, dass der Fokus der Vorträge vor allem auf dem Zeitraum von 1867 bis 1914 gelegen habe. Er formulierte den Begriff „Muss-Preußen“ für die Schleswig-Holsteiner ab 1867 und plädierte dafür, dass die Annexion nicht als Gewinn für Preußen, sondern vielmehr als Notwendigkeit im Zuge der Nationsbildung begriffen werden müsse. Die Rolle Schleswig-Holsteins in Preußen sei nicht statisch zu verstehen, sondern unterliege einem stetigen Wandel. So lassen sich Veränderungen in Form von Reformen und Modernisierungen in der Verwaltung sowie der freie Zugang zum preußischen und deutschen Wirtschaftsraum als Gewinne der Eingliederung feststellen. Allerdings müssten auch verstärkt die Verlierer dieser Neuerungen wie

beispielsweise die dänische Volksgruppe in den Blick genommen werden, um die Bildung einer Nation als inklusiven und exklusiven Prozess fassbar zu machen. Um die Erkenntnisse der Tagung nachhaltig zu vertiefen, forderte Göllnitz eine Erweiterung der zeitlichen und räumlichen Dimension: So sei auch das Verhältnis von Preußen und Schleswig-Holstein in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt zu untersuchen, da die Identität Schleswig-Holsteins nach 1945 zunehmend immer auch der Abgrenzung von Preußen bedurfte. Göllnitz schlug deshalb vor, den bisher deutlichen Schnitt zwischen den 80 Jahren Schleswig-Holstein in Preußen und den 70 Jahren „Nachpreußen“ in Schleswig-Holstein zu überwinden. Gleichmaßen seien mit Hessen-Nassau und Hannover fast zeitgleich noch zwei weitere neue preußische Provinzen entstanden, welche berücksichtigt werden müssten, um verstärkt regionale Vergleiche zu ermöglichen.

#### **Konferenzübersicht:**

##### *Grußworte*

Ulrich Lappenküper (Friedrichsruh) / Detlev Werner von Bülow (Mölln)

Oliver Auge (Kiel): Einführung

Tobias Köhler (Hamburg): Bismarck und die Schleswig-Holsteiner und Lauenburger. Eine schwierige Beziehung

Frank Möller (Greifswald): Was brachte Schleswig-Holstein Preußen?

Katharina Prieue (Kiel): Preußische Einflüsse auf Städtebau und öffentliches Bauen in Schleswig-Holstein nach 1867

Frank Lubowitz (Aabenraa): Reform und Modernisierung der neuen Provinz – Schleswig-Holstein zwischen 1867 und 1890

Mogens Rostgaard Nissen (Flensburg): Die Minderheitenfrage im kaiserzeitlichen Schleswig-Holstein

Johannes Rosenplänter (Kiel): Kiel und das Kaiserreich. Bezugspunkte der Identität einer Marinestadt

Lisa Kragh (Kiel): Eine „heuchlerische Brut?“ Die Universität Kiel wird preußisch

Julian Freche (Kiel): „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“: Preußen in der Wahrnehmung der Schleswig-Holsteiner bis zum Ersten Weltkrieg

Martin Göllnitz (Mainz): Zusammenfassung

Tagungsbericht *150 Jahre Schleswig-Holstein in Preußen*. 01.12.2017, Friedrichsruh, in: H-Soz-Kult 30.01.2018.